

Leitantrag zur 30. Landeskonferenz der Jungen Union Berlin

- beschlossen am 11. April 2015 -

Projekt: Junge Großstadtpolitik – Schule macht Bildung

I. Schulstruktur

Kontinuität statt ständiger Wandel

Der ehemalige rot-rote Berliner Senat hat in seinen zehn Regierungsjahren das Berliner Bildungssystem mit nicht weniger als 23 Strukturreformen überzogen – die letzten und zugleich tiefgreifendsten traten zum Schuljahr 2010/11 in Kraft; die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems stellt dabei nur eine, wenngleich die zentrale, von vielen Änderungen des Schulsystems dar. Mit dieser letzten Reform sollte die individuelle Förderung der Schüler verbessert werden- sie sei zu diesem Zwecke sogar „alternativlos“, so der damalige SPD-Bildungssenator Zöllner. Die Schulstrukturreformen sind dabei nur eines von vielen Beispielen für die ideologisch getriebene Bildungspolitik der damaligen Regierung: es ging stets nur um die vermeintliche Förderung von leistungsschwächeren Schülern. Dies ist selbstverständlich auch ein zentrales Ziel der Jungen Union Berlin, jedoch darf weder vergessen werden, dass durch die Zusammenlegung unterschiedlicher Leistungsniveaus nicht zwingend positive Effekte resultieren, wie etwa das gescheiterte Projekt Jahrgangübergreifendes Lernen *JüL* zeigt. Noch, dass Probleme nicht durch Abschalten der Symptome behoben werden können, wie man es bei der Abschaffung des Sitzenbleibens an Integrierten Sekundarschulen offenbar versuchte.

Mithin stehen die jetzige, sowie wohl auch die folgenden Regierungen noch vor einem großen Scherbenhaufen, den es systematisch zu beseitigen gilt. Dies lässt sich nicht bloß logisch aus den widersinnigen Reformen herleiten, sondern regelmäßig durch Berlins außerordentlich schlechtes Abschneiden in nationalen und internationalen Bildungsstudien nachweisen, bei denen Berlin nicht selten den letzten Platz im deutschlandweiten Vergleich belegt.

Obwohl die Junge Union Berlin viele zentrale Änderungen der letzten Regierung, z.B. die Abschaffung des Dreigliedrigkeit des Schulsystems und andere Teile der Schulstrukturreform, grundsätzlich ablehnt, ist Kontinuität dennoch wichtiger als die sofortige Korrektur aller Maßnahmen. Denn insbesondere tiefgreifende Änderungen, wie die Umstellung auf Zweigliedrigkeit, bedeuteten enormen Aufwand und vor allem Unsicherheiten für Schulen, Lehrer, Eltern und insbesondere die Schüler. Dies durch weitere Änderungen am Grundgerüst des Schulsystems zu schüren, wäre der falsche Weg. Es gilt daher, nun die bestmögliche Entwicklung unserer Berliner Schulen im gesetzten Rahmen zu realisieren. Dies wurde in Teilen seit der Regierungsbeteiligung

41 der CDU schon begonnen, jedoch sind viel zu viele Missstände aufgrund der SPD-
42 geführten Bildungsverwaltung nach wie vor nicht behoben.

43

44 ***Individuelle Förderung statt Einheitsschule***

45

46 Trotz der Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems ist die Förderung jedes einzel-
47 nen Schülers entsprechend seines Leistungsstandes und seiner individuellen Fähig-
48 keiten ein unverzichtbares Gut. Jeder Mensch ist einzigartig - das ist unbestritten. Nun
49 kann die Würdigung dieser Tatsache nicht darin bestehen, der linken Ideologie folgend
50 zu versuchen, möglichst alle gleich zu machen und immer weniger Differenzierungen
51 vorzunehmen.

52 Das Gymnasium trägt zu dieser individuellen Förderung einen wichtigen Teil bei. Es
53 führt zur Hochschulreife und dient somit der Vorbereitung auf eine akademische Lauf-
54 bahn. Daraus folgt unmittelbar, dass hier zum Teil andere Inhalte vermittelt werden
55 müssen als an Schulen, die zu einem handwerklichen oder kaufmännischen Berufs-
56 weg führen. Die Abschaffung oder Schwächung der Schulform Gymnasium ist daher
57 für uns indiskutabel.

58 Die Forderung nach der Beibehaltung des Gymnasiums ist dabei keineswegs breiter
59 Konsens in den anderen Parteien, vor allem nicht in den Parteien des linken Spekt-
60 rums. Obwohl heute kaum ein Politiker offen fordert, das Gymnasium abzuschaffen,
61 das das öffentlich kaum durchsetzbar scheint, versuchen die Linken, aber auch die
62 Grünen und Teile der SPD, das Gymnasium systematisch auszuhöhlen; außer dem
63 Namen wird so nicht mehr viel von dem übrig bleiben, wofür das Gymnasium steht.

64

65 Dass die Gymnasien schon lange bei der Budgetplanung im Vergleich zu anderen
66 Schulformen benachteiligt werden, ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. SPD, Linke
67 und Grüne planen bereits bei der Lehrerausbildung künftig keine Differenzierung zwi-
68 schen Gymnasiallehrern und Lehrern für andere Formen der weiterführenden Schulen
69 mehr vorzunehmen. Dies soll zu einer gleichwertigen Ausbildung aller Lehrer führen -
70 vergessen wird dabei einmal mehr, dass die Gleichmachung da keinen Sinn hat, wo
71 unterschiedliche Anforderungen an die Lehrer bestehen. Ein Gymnasiallehrer muss
72 später schlicht andere Inhalte auf andere Weisen vermitteln, als ein Lehrer auf einer
73 Integrierten Sekundarschule.

74

75 Außerdem werden die Lehrpläne der Schulformen zunehmend angeglichen. Auch dies
76 ignoriert erneut die Unterschiedlichkeit, die eigentlich Sinn verschiedener Schulformen
77 ist. In Kombination mit der freien Wahl der Eltern auf welche Schule sie ihr Kind schi-
78 cken möchten, führt das zu einer schleichenden Abschaffung des Gymnasiums.

79

80 **Die Junge Union Berlin fordert, das Gymnasium nicht nur formal, sondern auch**
81 **faktisch zu erhalten!** Das heißt, es muss auf die Unterschiedlichkeit der Ausbildung
82 und deren Ziele eingegangen werden, um jeweils eine individuelle, bestmögliche För-
83 derung sicherzustellen, anstatt durch eine einheitliche Ausbildung der Lehrer in der
84 Konsequenz auch eine einheitliche Schulbildung und somit das Ziel der Einheitsschule
85 weiter zu verfolgen. Dazu gehört insbesondere die Differenzierung nach Schulform bei

86 der Lehrerausbildung und bei den Lehrplänen. Zudem fordern wir, dass der großen
87 Nachfrage nach grundständigen Gymnasien Rechnung getragen wird, indem das
88 dementsprechende Angebot mit dafür geeigneten Schulen erweitert wird.

89

90 Doch die Forderung nach Beibehaltung des Gymnasiums heißt keineswegs, dass
91 Gymnasien die besten, einzig wahren Schulen sind. Auch wenn nachvollziehbar ist,
92 dass Eltern ihre Kinder teils unbedingt auf einem Gymnasium wissen wollen, darf es
93 nicht zur allgemeinen Schulform werden. Dass mittlerweile für fast alle kaufmänni-
94 schen und handwerklichen Berufe ein Abitur vorausgesetzt wird, ist eine besorgniser-
95 regende Entwicklung. Es ist ein Indikator dafür, dass der Ruf der Integrierten Sekun-
96 darschulen verbessert werden muss, damit schließlich auch das Leistungsniveau an
97 den Berliner Gymnasien nicht weiter abnimmt. Entscheidet, wie jetzt, allein der Eltern-
98 wunsch bei der Wahl der weiterführenden Schule, führt das zu immer mehr Schülern,
99 die das Probejahr auf dem Gymnasium nicht schaffen und unter großem Aufwand
100 dann die Schule noch einmal wechseln müssen. Erfahrungen einzelner Schulen zei-
101 gen, dass ab einem Notenschnitt von 2,8 bis zu 70 Prozent der Schüler das Probejahr
102 nicht bestehen. Dies hilft weder den Schülern und Eltern noch den Schulen.

103

104 **Daher fordert die Junge Union Berlin die Verschärfung der Aufnahmekriterien**
105 **an Berliner Gymnasien.** Neben Elterngesprächen sollte für Gymnasien einen Grund-
106 schul-Notenschnitt von mindestens 2,5 als Voraussetzung festgelegt werden, wie es
107 von einigen Schulen bereits seit längerem gefordert wird.

108

109 Selbstverständlich bedarf es neben der Einführung dieser Maßnahmen einer Aufrecht-
110 erhaltung bzw. Verbesserung der Durchlässigkeit des Schulsystems. Auch wenn die
111 Grundschulzeit mit sechs Jahren in Berlin bereits überdurchschnittlich lang ist, so ist
112 noch nicht bei jedem Kind unmittelbar klar, welche Schulform die langfristig geeig-
113 netste sein wird. Daher ist es zwingend notwendig, dass die ursprüngliche Schulwahl
114 keinen endgültigen Charakter hat, sondern ein Schulwechsel zu jedem Halbjahr mög-
115 lich ist und zwar nicht nur in der Theorie sondern auch in der Praxis. Eine Studie des
116 Instituts für Zukunft Leipzig bescheinigt dem Deutschen Bildungssystem im Allgemei-
117 nen bereits eine gute Durchlässigkeit bei Schülern im Grenzbereich zwischen Gymna-
118 sium und Realschule. Hier hat es bereits jetzt keine Auswirkung, wenn diese Schüler
119 erst später auf das Gymnasium wechseln. Dieser Status muss beibehalten werden,
120 allerdings bei Beibehaltung aller dargestellten notwendigen Unterschiede zwischen
121 den Schulformen. Die Durchlässigkeit darf auch angesichts dieser Ergebnisse und der
122 langen Grundschulzeit nicht als Rechtfertigung der Vereinheitlichung der Lehrpläne im
123 Speziellen und Schulformen im Allgemeinen dienen.

124 Auch sehen wir die Möglichkeit des Abiturs auf der Sekundarschule kritisch. Nicht alle
125 Schulformen müssen zum Abitur führen; vielmehr wären an dieser Stelle Klassen, die
126 auf einen Wechsel auf das Gymnasium nach der 10 Klasse vorbereiten, wünschens-
127 wert.

128

129 Die Junge Union spricht sich außerdem nochmals ausdrücklich gegen das Projekt JüL
130 aus. Diese offensichtlich gescheiterte Lernform sollte keinem Schüler mehr zugemutet

131 werden. Auch dies ist ein Beispiel für ideologisch motivierte Maßnahmen des ehema-
132 ligen Senats. Auch das Losverfahren bei der Vergabe der Plätze an Gymnasien zählt
133 leider dazu. Dieses Verfahren widerspricht völlig dem Leistungsgedanken unserer Ge-
134 sellschaft und führt zu vollkommener Willkür.

135 **Die Junge Union Berlin fordert daher die endgültige Abschaffung des Jahr-
136 gangübergreifenden Lernens und des Losverfahrens zur Vergabe von Schul-
137 plätzen.**

138

139 ***Schulstandort für Talentierte und Hochbegabte schaffen***

140

141 Seit vielen Jahren wird die Schulentwicklung in Berlin meist mit dem speziellen Au-
142 genmerk auf die Förderung leistungsschwächerer Schüler gesteuert. Dabei sollte je-
143 doch nicht vergessen werden, dass sich innerhalb der Berliner Schülerschaft viele
144 Kinder und Jugendliche befinden, die sehr leistungsfähig sind. Dass diese Schüler ihr
145 Potential an staatlichen Schulen oftmals nicht ausschöpfen können, ist für sie aber
146 auch für unsere Gesellschaft ein großer Verlust.

147 **Die Junge Union Berlin fordert daher die Einrichtung eines weiterführenden
148 Schulstandorts für besonders talentierte Schüler.**

149

150 **II. Infrastruktur und Ausstattung der Schulen**

151

152 ***Investitionen statt Sparpolitik***

153

154 Mit der theoretischen Festlegung eines Schulsystems ist das Fundament gute Schul-
155 bildung zwar schon geplant, jedoch noch nicht gelegt. Die Schulen müssen auch und
156 gerade infrastrukturell adäquat ausgestattet sein. Die Haushaltskassen sind ange-
157 sichts des immensen Schuldenstandes zwar klamm und die Ausgabenbereitschaft im
158 Allgemeinen, aber insbesondere auch im Bereich der Bildung, leider sehr gering. Doch
159 in keinem anderen Bereich trifft der Begriff Investition für Aufwendungen besser zu,
160 als im Bereich der Bildung, da diese Aufwendungen in Zukunft in Form von Steuerein-
161 nahmen wieder in die Staatskassen zurückkommen. Doch leider wird ein so langfristi-
162 ger Horizont in der Politik selten betrachtet und nur die nächsten fünf Jahre scheinen
163 oft entscheidend.

164

165 **Daher fordert die Junge Union die Sparpolitik im Bereich der Bildung zu stoppen
166 und ein ausreichendes Budget zur Verfügung zu stellen**, damit zumindest die gra-
167 vierendsten Mängel behoben werden können, die im Folgenden dargestellt werden.

168

169 ***Investitionsstau - Der Zusammenbruch der Schulen***

170

171 Die Bezirke, die in Berlin zuständig für die baulichen Angelegenheiten der Schulen
172 sind, schätzen den Sanierungsstau auf weit über eine Milliarde Euro, darin noch nicht
173 einberechnet sind weitere hunderte Millionen Euro, die für die behindertengerechte
174 Gestaltung der Schulen, die bis 2020 erfolgen soll, benötigt werden. Das sind enorme
175 Zahlen und niemand scheint beantworten zu können, wie dieses Geld aufgebracht
176 werden sollen. Die Bezirke sind unterausgestattet, insbesondere weil oftmals Mittel

177 ungenutzt an den Senat zurückfließen, da die personelle Ausstattung in den Bezirks-
178 verwaltungen ungenügend ist, um Baumaßnahmen zu planen und zu organisieren. Die
179 Folgen sind untragbar für Eltern, Lehrer und vor allem Schüler. Die Missstände reichen
180 von veralteten Sanitäranlagen über herausfallende Fenster und einsturzgefährdete
181 Decken, bis hin zu Unterricht in Containern und gesperrten Turnhallen.

182 Schon längst verletzt der Staat an dieser Stelle eine seiner wichtigsten Aufgaben, näm-
183 lich die Ermöglichung adäquater Schulbildung. Längst füllen private Fördervereine die
184 riesigen klaffenden Ausstattungslücken, Eltern streichen heruntergekommene Räume
185 an Wochenenden selber und die Schulen versuchen die Finanzierung zum Teil selbst-
186 ständig in die Hand zu nehmen; doch die genannten Zustände machen vor allem ein
187 Handeln des Staates unverzichtbar. Die Haushaltssituation darf hier nicht länger als
188 Argument für die Verletzung dieser elementaren staatlichen Pflicht herhalten.

189 Berlin muss handeln. Einen Anfang hätten hier z.B. die durch die Bundesförderung
190 freigewordenen BAföG-Mittel sein können, doch diese wurden größtenteils an die
191 Hochschulen gegeben.

192

193 **Wir fordern die Zuständigkeiten zwischen Bezirken und Senat klar zu ordnen**
194 **und ggf. eine *Task Force Schule* einzurichten, damit die Sanierungsmaßnahmen**
195 **nicht personeller Unterbesetzung in den Bezirken und ständigem Zuständig-**
196 **keitsgerangel zwischen Senat und Bezirken zum Opfer fallen.**

197

198 Zusätzlich dazu wird die Situation insbesondere bei den Turnhallen durch schulfremde
199 Verwendungen, die auf Kosten des Unterrichts gehen, verschärft. Die Junge Union
200 Berlin spricht sich ausdrücklich gegen diese Maßnahmen aus.

201

202 **III Schulen und Schüler in Eigenverantwortung**

203

204 Nach dem christlichen Menschenbild ist jeder Mensch zunächst selbst dafür verant-
205 wortlich, wie er seine Fähigkeiten entwickelt und einsetzt, sein Leben gestaltet und
206 seine Persönlichkeit entfaltet. Dies bedeutet eine Selbstverwirklichung, die nicht auf
207 Kosten anderer Menschen geht, sondern auch mit einer Verantwortung für die Mit-
208 menschen einhergeht. Erziehung und Bildung müssen daher die Entwicklung zur
209 selbstbestimmten und sozial verpflichteten Persönlichkeit fördern und individuell je
210 nach den Bedürfnissen der Schulbeteiligten vor Ort erfolgen.

211

212 ***Schulen in Eigenverantwortung***

213

214 Um dieses Entwicklungsziel zu erreichen, muss zunächst die Eigenverantwortung
215 der Schulen gestärkt werden.

216

217 In einem ersten Schritt sollte nach bayerischem Vorbild eine Stiftung zur Weiterent-
218 wicklung der Bildungslandschaft nach dem Modell der „Public-Private-Part-
219 nerships“ gegründet werden. Bei diesem „Bildungspakt Berlin“ soll die Zusammenar-
220 beit von Schule und Wirtschaft und die Bündelung der Kräfte aller gesellschaftlichen
221 Gruppen das zentrale Element der Stiftungsarbeit sein. Durch ihr Engagement in der
222 Stiftung soll die Wirtschaft ein Stück Mitverantwortung für eine zukunftsgerichtete

223 Weiterentwicklung der Schulen und ein verbessertes Bildungsangebot in Berlin über-
224 nehmen.

225

226 In einem zweiten Schritt sollte an Modellschulen ein „Bildungsfonds“ nach Lübecker
227 Vorbild eingerichtet werden, der beim Schulträger angesiedelt ist und sämtliche Mittel
228 des Landes Berlin und des „Bildungspakts Berlin“ zusammenfasst sowie den jeweili-
229 gen Schulen die Verteilungskompetenz zuspricht. Jede Modellschule könnte dann
230 über ein eigenes Bankkonto verfügen, auf das aus dem Bildungsfonds mit einer Ab-
231 schlagszahlung eingezahlt wird. Nicht benötigte Mittel sollten dabei ins nächste Jahr
232 übertragbar sein können. Über das Budget sollten neben der finanziellen Förderung
233 bestimmter Lernschwerpunkte z.B. die Versorgung mit einem Mittagessen, Nachmit-
234 tagsbetreuung, Klassenausflüge, Arbeitsmaterialien sowie Musik- und Sportangebote
235 ausreichend finanziert werden. Ferner sollten Familien, die ihren Kindern wichtige Bil-
236 dungsangebote finanziell nicht ermöglichen können, Unterstützung bei der jeweiligen
237 Schule beantragen dürfen. So wäre es insgesamt möglich, dass die Mittel des „Bil-
238 dungsfonds“ flexibel, schnell und ohne großen Verwaltungsaufwand zugunsten ihrer
239 Bildung direkt bei den Schülern ankommen.

240

241 ***Schüler in Eigenverantwortung***

242

243 Um eine mündige und eigenverantwortliche Schülerschaft zu fördern, muss zudem
244 die Beteiligung der Schüler an der Gestaltung ihres schulischen Alltags gestärkt wer-
245 den.

246

247 So sollte die Lernplanung flexibilisiert und stärker an Lernzielen orientiert werden. Die
248 Schüler der weiterführenden Schulen könnten einen Wochen- oder Tagesplan erhal-
249 ten, mit dem sie ihre Pflicht- und Wahlaufgaben abarbeiten und Rechenschaft über
250 qualitative und quantitative Ergebnisse ihrer Arbeit ablegen. Den Lehrern wird
251 dadurch Zeit für individuelle Lernbegleitung, Hilfestellung und Anregungen geschaf-
252 fen. Ein solcher Plan bietet außerdem die Möglichkeit, den Schülern differenzierte -
253 gezielt auf ihre Stärken und Schwächen ausgerichtete - Aufgabenstellungen zu ertei-
254 len.

255

256 Zudem sollten die Partizipation der Schüler hinsichtlich der Gestaltung ihrer Schule
257 gestärkt werden, um demokratische Prozesse früh erlernbar zu machen und die Poli-
258 tikdistanz der Schüler zu verringern.

259

260 Schulen weisen bislang erhebliche Partizipationsdefizite auf. Doch gibt es einen posi-
261 tiven Zusammenhang zwischen Partizipation und Lernen: Schulklassen mit Schüler-
262 partizipation haben ein positiveres Lernverhalten und eine höhere Bereitschaft, sich
263 auf das schulische Lernen vorzubereiten und einzulassen. So sollten Schüler ver-
264 stärkt im Bereich der Gestaltung ihrer Klassenzimmer und Schulhöfe, bei der Pla-
265 nung von Freizeitmöglichkeiten sowie in der Schulbau- und vor allem in der Ver-
266 kehrsplanung einbezogen werden. Schule kann verkehrstechnisch ein gefährlicher
267 Ort sein. Beteiligt man die Kinder an der Verkehrsplanung, ist Prävention viel besser
268 möglich. Stadtteilentwicklung kann auch in der Schulklasse betrieben werden, etwa
269 mit der Methode "Planning for real" aus den USA. Die von den Schülern entworfenen
270 Stadtentwicklungsmodelle werden dabei öffentlich ausgestellt. Neben den Schüler-
271 gremien kann die Beteiligung auch über eine Zukunftswerkstatt, Schülerfirmen oder
272 „Service Learning“ (eine Lehr- und Lernform, die gesellschaftliches Engagement von
273 Schülern mit fachlichem Lernen verbindet) erfolgen. Jedoch sollte die Schaffung von

274 "Beteiligungsinseln" vermieden werden. Die schulische Partizipation muss in die be-
275 stehende Bildungslandschaft in Kooperation mit der Jugendhilfe, den Vereinen sowie
276 anderen lokalen Organisationen und Einrichtungen integriert werden. Dahingehend
277 müssen sich aber vor allem Ganztagschulen und Sportvereine einander noch stär-
278 ker öffnen – so müssen Sportvereine vermehrt in die Entscheidungs- und Beratungs-
279 gremien von Schulen eingebunden werden, um Angebote für die Schüler zu schaf-
280 fen. Junge Menschen lernen im Verein, Verantwortung für sich selbst und für andere
281 zu übernehmen. Sportvereine sind insofern wichtige außerschulische Lernorte. Eine
282 enge Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen und Schulen kann daher weitere
283 wichtige Potenziale hin zu einem „Schüler in Eigenverantwortung“ frei legen.
284

285 **IV. Lehrer wieder verbeamten!**

286
287 Ein weiteres altbekanntes Problem ist der Lehrermangel in Berlin. Selbst wenn zuwei-
288 len von einer 100%igen Lehrerausstattung gesprochen wird, ist das nicht mit einer
289 ausreichenden Ausstattung mit Lehrern zu verwechseln. Durch Krankheit ausfallende
290 Lehrer können ebenso wenig abgedeckt werden wie der Bedarf an den Oberstufen-
291 zentren (OSZ) in Berlin. Das Problem, mit dem sich die Berliner Schulaufsichtsbehör-
292 den bei der Suche nach Lehrern konfrontiert sehen, ist dabei altbekannt. Berlin hat als
293 eines der einzigen Bundesländer die Verbeamtung der Lehrer abgeschafft. Diese
294 Maßnahme mag haushaltspolitisch nachvollziehbar sein, sie führt jedoch dazu, dass
295 angehende Lehrer um den Standort Berlin zumeist einen weiten Bogen machen, bzw.
296 sich zunächst in anderen Bundesländern verbeamten lassen, um dann schließlich als
297 Beamter nach Berlin zurückzukehren. Dies ist aus Lehrersicht absolut nachvollziehbar,
298 sind doch die Bedingungen für die verbeamteten Lehrer um einiges besser. Gerade in
299 den sogenannten Mangelfächern besteht ein großer Wettbewerb zwischen den Län-
300 dern, bei dem Berlin kaum mithalten kann und die Personalprobleme in nicht unerheb-
301 lichem Maße mit der Einstellung von Quereinsteigern, d.h. nicht pädagogisch sondern
302 nur fachlich geschulten Personals, zu decken versucht. Dies mag ein taugliches Not-
303 fallmittel sein, um kurzfristige Bedarfe zu decken, sollte jedoch auch als Symptombek-
304ämpfung und nicht als Problemlösung gesehen werden.

305
306 **Wir fordern die SPD auf, Klarheit in den eigenen Reihen zu schaffen und sich der**
307 **Forderung der Jungen Union und der CDU endlich anzuschließen und die Wie-**
308 **derverbeamtung der Lehrkräfte umgehend anzugehen.** Einsparungen im Haushalt
309 dürfen nicht auf Kosten der Schüler und der Bildung geschehen, da es hier um die
310 Grundlagen unseres zukünftigen Wohlstandes geht. Über die Sinnhaftigkeit der
311 Lehrerverbeamtung kann dabei durchaus diskutiert werden; dies muss aber bundes-
312 einheitlich geschehen. Der Sonderweg Berlins muss dringend beendet werden!

313 314 **V. Inhaltliche Ausgestaltung des Unterrichts**

315
316 Neben den Rahmenbedingungen, die hier bisher Thema waren, lebt die Schule natür-
317 lich hauptsächlich vom Inhalt, der in ihr vermittelt wird. Auch hier gibt es bei den Berli-
318 ner Schulen offensichtlich großen Überarbeitungsbedarf wie PISA, Bildungsmonitor
319 und ähnliche Studien regelmäßig belegen.

320 **Lehrpläne überarbeiten**

321

322 Lehrpläne sollen festlegen, welche Inhalte den Schülern vermittelt werden sollen. Sie
323 sind natürlich sinnvoll und unverzichtbar, wenn man garantieren möchte, dass Schüler
324 unabhängig von Klasse und Schule den gleichen Bildungsstand aufweisen. Dennoch
325 bedarf es einer Überarbeitung des Konzepts der Lehrpläne. Das derzeit von der Se-
326 natsbildungsverwaltung vorgelegte Konzept zu den neuen Rahmenlehrplänen wider-
327 spricht grundsätzlich der Auffassung der Jungen Union Berlin. Insbesondere die Ver-
328 änderungen im Fach Geschichte, bei denen der chronologische Geschichtsunterricht
329 faktisch abgeschafft und nur noch in sogenannten Längsschnitten unterrichtet werden
330 soll, wie auch die Zusammenlegung der Fächer Geschichte und Erdkunde in den Klas-
331 senstufen fünf und sechs, wobei eines der Fächer folglich oft von einem fachfremden
332 Lehrer unterrichtet wird, ist eine nicht hinnehmbare Kürzung an wichtiger Grundlagen-
333 bildung. Für die ohnehin schon reformgebeutelte Berliner Bildungslandschaft ist dies
334 eine weitere Zumutung. Diese **Maßnahmen lehnt die Junge Union Berlin entschie-**
335 **den ab.**

336

337 Es ist zwar selbstverständlich, dass bestimmte Inhalte, wie etwa der Holocaust im Ge-
338 schichtsunterricht, Pflicht sein müssen. Dennoch sollten die vermittelten Inhalte eher
339 methodischer Natur sein. Die Bildung eines kritischen, reflektierenden und vor allem
340 selbstständig problemlösungsorientierten Geistes hilft im späteren Schul- und Berufs-
341 leben besser weiter, als detaillierte, kurzfristig auswendig gelernte Informationen zu
342 Spezialfällen. Hierbei müssen insbesondere aktuelle Thematiken wie zum Beispiel
343 Migration im historischen Vergleich besonders im Vordergrund stehen. Dies soll die zu
344 vermittelnden Inhalte nicht ersetzen, es sollte jedoch bei der Vermittlung dieser ein
345 größerer Fokus auf die Methodik gelegt werden.

346

347 In letzter Zeit kommt außerdem zunehmend Kritik an den vermittelten Lehrinhalten auf,
348 diese seien in weiten Teilen lebensfern. Grundlegende im Leben notwendige Fähig-
349 keiten, wie z.B. die Erstellung einer Steuererklärung sowie Wissen über Miete und
350 Versicherungen würden hingegen vernachlässigt. Sicherlich ist es die Aufgabe der
351 Schulen, die Schüler auf das Leben vorzubereiten. Doch kann und sollte sie dabei
352 nicht die Aufgabe eines allgemeinen Lebensratgebers übernehmen. Das Erstellen ei-
353 ner Gedichtsanalyse mag nicht direkt praxisrelevant sein, schult aber das analytische
354 Denken; eine Fähigkeit, die man weniger gut aus dem Internet entnehmen kann, als
355 Informationen zur Steuererklärung.

356

357 Trotz aller Wichtigkeit der Durchlässigkeit des Schulsystems ist es außerdem notwen-
358 dig, gewisse Differenzierungen im Lehrplan nach Schulform vorzunehmen, um die
359 Schüler optimal auf den späteren Karriereweg vorzubereiten. So ist es sinnvoll, dass
360 an Gymnasien Grundlagen des wissenschaftlichen Arbeitens vermittelt wird, um die
361 Schüler auf den Besuch einer Hochschule vorzubereiten. Fraglich ist, inwieweit dies
362 auf einer Sekundarschule zielführend ist; hier würde sich eine stärker berufspraktisch
363 orientierte Ausgestaltung des Unterrichts in Vorbereitung auf die Berufsausbildung an-
364 bieten.

365 ***Politische Bildung und Wirtschaft***

366

367 Es ist erschreckend, wie wenig Wissen viele Berliner Schüler über unser politisches
368 und wirtschaftliches System haben. Das Desinteresse und die Unwissenheit ist jedoch
369 angesichts der aktuellen Handhabung dieser Themen in der Schule wenig verwunder-
370 lich, werden die Kurse doch, von Freiwilligen abgesehen, nur als ein kleiner Teil des
371 Geschichtsunterrichts - der mit zwei Wochenstunden ohnehin schon sehr kurz kommt
372 - behandelt. Die Bildung der Schüler in diesen Bereichen ist jedoch ungemein wichtig,
373 insbesondere auch für die Lebendigkeit unserer Demokratie. Ohne eine adäquate po-
374 litische und wirtschaftliche Bildung in der Schule ist es vielen nicht möglich, das Ta-
375 geschehen zu verstehen bzw. korrekt einzuordnen und zu beurteilen. Auch besteht
376 so die Gefahr, dass unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte nicht vermittelt
377 werden können. Die Folge kann das Abdriften in extremistische Kreise sowohl am
378 rechten als auch am linken Rand des politischen Spektrums sein.

379 Kurzum: man kann nicht vollwertiger Teil dieser Gesellschaft sein, wenn man deren
380 Grundwerte und Funktionsweisen nicht verinnerlicht hat.

381

382 **Daher fordern wir die Einführung eines verpflichtenden Kurses Politik und Wirt-**
383 **schaft ab der 7. Klasse, unabhängig von der Schulform.** Die Ausbildung politisch
384 mündiger Bürger, insbesondere vor dem Hintergrund des deutschen historischen Er-
385 bes, stellt ein Ziel von besonderer Wichtigkeit dar.

386

387 ***Verpflichtender Informationstag zur Bundeswehr***

388

389 Seit der Aussetzung der Wehrpflicht droht die Verbindung der Bevölkerung mit der
390 Bundeswehr schwächer zu werden. Viele Schüler haben keinerlei Kenntnis von Auf-
391 gabe, Funktion oder auch Aufbau der Bundeswehr. In Berlin wird, unter Ausnutzung
392 dieses Bildungsdefizits, insbesondere durch Parteien des linken Spektrums fortwäh-
393 rend eine Dämonisierung und Herabwürdigung der Bundeswehr betrieben, die bei
394 anderen staatlichen Institutionen wie Gerichten oder der Polizei kaum hingenommen
395 würde.

396 **Daher fordern wir einen verpflichtenden Informationstag zur Bundeswehr für je-**
397 **den Schüler und jede Schülerin, ähnlich wie es ihn in Frankreich bereits seit 1998**
398 **gibt.**

399

400 ***Wiedereinführung des Wahlpflichtfachs Religion***

401

402 Bereits seit Jahren setzt sich die Junge Union Berlin für das Wahlpflichtfach Religion
403 ein. In einer christlich-abendländisch geprägten Gesellschaft wie der unseren muss
404 den Schülern die Möglichkeit geboten werden, christliche Werte in der Schule vermit-
405 telt zu bekommen, ohne einen Zusatzunterricht am Nachmittag zu besuchen. Dies
406 kann der religionsneutrale Ethikunterricht nicht leisten. Ethikunterricht als Zwang ent-
407 spricht der rot-roten Ideologie gegen Vielfalt und Selbstbestimmung.

408 **Die Junge Union Berlin fordert daher weiterhin mit Nachdruck, den Berliner**
409 **Schülern freie Wahl zwischen dem Religions- und Ethikunterricht zu ermögli-**
410 **chen.**

411 ***Keine Segregation in Schulen zulassen***

412

413 Das Fernhalten von Schülern und Schülerinnen durch ihre Eltern wegen vorgeblich
414 religiöser Motive von einzelnen Teilen des Unterrichts ist für uns nicht akzeptabel.
415 Wenn Mädchen von ihren muslimischen Eltern aus dem Sport- und Schwimmunter-
416 richt herausgenommen werden, so kommt dies einer Umgehung der Schulpflicht und
417 der Minderung der Entwicklungschancen dieser Kinder gleich.

418 **Die Junge Union Berlin fordert deshalb, solche Ausnahmen künftig nicht mehr**
419 **zu dulden.**

420

421 **VI. Digitale Bildung**

422

423 ***Überarbeitung des Informationstechnischen Grundkurses (ITG)***

424

425 Das heutige Berufsleben ist nicht nur internationaler, auch sind IT-Kenntnisse keine
426 fachspezifischen Randerscheinungen mehr, sondern nehmen in nahezu jedem Be-
427 rufsfeld eine zentrale Rolle ein. Darüber hinaus ist der Alltag ohne digitale Medien
428 kaum noch zu bewältigen.

429 Um diesem Wandel gerecht zu werden, sollte die Nutzung entsprechender Geräte und
430 Anwendungen intensiver gelehrt werden. Gleichzeitig muss den Schülern im Rahmen
431 des Lehrplans verstärkt der reflektierende und verantwortungsvolle Umgang mit dem
432 Medium Internet beigebracht werden. Schülern müssen lernen, die Informationsmenge,
433 die durch das Internet verfügbar wird, sinnvoll zu verarbeiten. Dies fördert nicht nur
434 das eigenständige erarbeiten von Problemlösungen, sondern ist eine Grundvorausset-
435 zung zum kritischen Denken.

436

437 Weitere Themenschwerpunkte sollten der richtige Umgang mit social media, Schutz
438 der Privatsphäre, Chancen und Risiken von Big Data sowie rechtliche, wirtschaftliche
439 und ethische Aspekte der Digitalisierung sein.

440 Diese Themen müssen nicht in einem neuen Schulfach gebündelt werden. Vielmehr
441 sollte der Erwerb von Medienkompetenzen als eine Erweiterung des Informationstech-
442 nischen Grundkurses (ITG) angesehen werden. Dass die Lehrinhalte bei uns nicht
443 zielführend vermittelt werden, wird vor allem im internationalen Vergleich deutlich. So
444 kam die internationale Vergleichsstudie ICILS zum Ergebnis, dass ein Großteil der
445 deutschen Achtklässler nur über rudimentäre Kenntnisse im Umgang mit Computern
446 besitzt.

447 Doch die Überarbeitung des ITG-Unterrichtes sollte lediglich der Grundstein für weitere
448 Veränderungen sein. So sollte der Einsatz digitaler Medien, sofern es sinnvoll er-
449 scheint, systematisch in den gesamten Schulalltag integriert werden. Schüler sollten
450 digitale Fähigkeiten ab der ersten Klasse an erlangen, um beim weltweiten Bildungs-
451 wettbewerb nicht abgehängt zu werden.

452

453 Um einen optimalen Einsatz zu ermöglichen, sollten alle Lehrkräfte in regelmäßigen
454 Abständen im Umgang mit digitalen Medien geschult werden. Dabei wird besonders

455 wichtig sein, dass zum einen den Lehrkräften die Angst vor Veränderungen genom-
456 men wird und ihnen zum anderen die eigenen Vorteile der neuen Medien aufzeigt wer-
457 den.

458 So geht es bei der Digitalisierung nicht nur um die Vermittlung digitalen Kompetenzen.
459 Innovative Anwendungen und modernste Technik bieten Lehrkräften die Chance, ih-
460 ren Schulalltag effizienter zu organisieren und so einer wachsenden Vielfalt im Klas-
461 senzimmer zu begegnen. Auch kann der Informationsfluss zwischen anderen Lehr-
462 kräften, Schülern und Eltern verbessert werden.

463

464 **Die Junge Union Berlin fordert, den Informationstechnischen Grundkurs an die**
465 **heutige Lebensrealität anzupassen und im Allgemeinen digitale Themen stärker**
466 **in den Schulalltag einzubinden. In diesem Zusammenhang fordern wir Schulun-**
467 **gen des Lehrpersonals zu diesen Themen.**

468 Doch um diese Möglichkeiten zu nutzen, bedarf es langfristig zunächst grundlegender
469 Investitionen in die digitale Infrastruktur an Berliner Schulen.

470

471 ***IT-Infrastruktur an Schulen ermöglichen***

472

473 Ohne eine flächendeckende und sichere IT-Infrastruktur an allen Berliner Schulen ist
474 eine Digitalisierung des Schulalltages nicht möglich. Der Erfolg neuer Lernformate
475 kann erst sichtbar werden, wenn die teilnehmenden Personen keine Gedanken an die
476 technische Umsetzung verschwenden, sondern den Fokus auf den pädagogischen
477 Nutzen liegen.

478 So stellt ein flächendeckendes und vor allem leistungsstarkes WLAN-Netz den Grund-
479 stein für eine digitalisierte Bildungsstätte. Doch autark betrachtet führt ein optimaler
480 Internetzugang nicht zu einem effizienten Einsatz digitaler Medien. Erst in Verbindung
481 mit den entsprechenden Endgeräten und fachkundigem Personal können die Möglich-
482 keiten der Digitalisierung vollständig genutzt werden.

483

484 ***Digitale Lernformate und zukunftsweisende Anwendungen schaffen***

485

486 Digitale Lernplattformen oder Lernsoftwares bieten die Möglichkeit einer individuellen
487 Wissensvermittlung. In Zukunft kann so das Credo „für jeden das Gleiche“, was oft zu
488 Unter- oder Überforderung führt, durch „für jeden das Passende“ ersetzt werden. Die
489 Digitalisierung ermöglicht es, Lernweg, -stil und -geschwindigkeit an individuelle Be-
490 dürfnisse anzupassen. Darüber hinaus kann die Lehrkraft nachvollziehen, wie sich je-
491 der einzelne Schüler entwickelt und ggf. personalisierte Hilfestellung anbieten.

492 In der Zukunft ergeben sich noch viele weitere Möglichkeiten, wie die digitalen Ange-
493 bote das Lernen verbessern können. Enormes Potential bietet zum Beispiel das *re-*
494 *versed schooling*, bei dem die eigentliche Wissensvermittlung online stattfindet, wäh-
495 rend in der Schule das Wissen nur noch gefestigt und überprüft wird.

496 Darüber hinaus stärken digitale Plattformen den Austausch untereinander und verein-
497 fachen die Organisation des Schulalltages erheblich.

498 Als Vorbild für die Berliner Schulen können hier die Kommunikations-Netzwerke der
499 Universitäten wie z. B. „moodle“ oder „Blackboard“ dienen. Dort ist es üblich, Materia-
500 len für die Vorlesungen vorab zur Verfügung zu stellen, sowie Stundenpläne bzw. -
501 ausfälle zu veröffentlichen. Solche Plattformen ermöglichen eine vereinfachte Kommu-
502 nikation zwischen Lehrkräften und Schülern. So können Hausaufgaben oder erweiterte
503 Materialien online hochgeladen werden.

504

505 Neben all den genannten Chancen muss sich das Land Berlin weiteren, damit verbun-
506 denen Aufgaben stellen. So muss die hohe Qualität digitaler Lernsoftwares garantiert
507 werden. Gleichzeitig rückt das Thema Datenschutz- und -souveränität in den Vorder-
508 grund. Hierbei ist es notwendig, dass einheitliche Richtlinien erhoben werden. Auch
509 über Mindeststandards von Sicherheitssoftware muss diskutiert werden.

510 Kurzum: digitale Technologien bieten für den Schulalltag und für die Wissensvermitt-
511 lung Allgemein ein großes Potenzial. Um diese Chancen zu nutzen, muss jedoch noch
512 viel investiert werden.

513 Daher ist es dringend erforderlich, Bildungseinrichtungen, Politik und Wirtschaft aber
514 auch Eltern und Schüler zusammenzubringen, um gemeinsam eine ganzheitlich ge-
515 dachte Umsetzungsstrategie zu erarbeiten.

516

517 **VII. Inklusion**

518

519 Auf Basis der UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities, haben sich
520 alle Unterzeichnerstaaten, unter anderen auch Deutschland, auf ein inklusives Bil-
521 dungssystem in allen Bereichen verständigt.

522 Inklusion, das von dem lateinischen Wort "includere" kommt und übersetzt "einschlie-
523 ßen" bedeutet, worunter man auf die aktuelle Thematik bezogen das Einbinden von
524 Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft versteht, wird zur Zeit in das deut-
525 sche Bildungssystem eingeführt. Von dieser Veränderung erhoffte man sich ein selbst-
526 verständlicheres Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung. Dieses Kon-
527 zept befindet die Junge Union Berlin grundsätzlich für durchaus richtig, ist aber mit der
528 praktischen Umsetzung nicht einverstanden, da ein Großteil der Schüler mit Behinde-
529 rungen in dem jetzigen "inkluisiven" System nicht richtig aufgefangen wird und auf-
530 grund dessen dem Menschenrecht auf Bildung nur unzureichend nachgekommen wer-
531 den kann.

532

533 In Deutschland ist eine deutlich größere Sensibilität in Öffentlichkeit und Politik für die-
534 ses Thema zu schaffen. Es ist Aufgabe der politischen Parteien, dieses Thema weitaus
535 stärker und fernab von jedweder Ideologie zu diskutieren.

536 Wir sind der Meinung, dass die unzureichende Vorbereitung auf die Situation auf meh-
537 rere Faktoren zurückzuführen ist, nämlich auf die unzureichenden Differenzierung zwi-
538 schen verschiedenen Behinderungen und deren Auswirkungen, die unzureichenden
539 Förderung betroffener Schüler und schließlich die unzureichende Ausbildung und Vor-
540 bereitung auf inklusiven Unterricht bzw. der daraus entstehenden Überforderung der
541 Lehrer.

542 So darf es, in erster Linie zum Wohle der Schüler aber auch der Lehrer und Eltern, auf
543 keinen Fall weitergehen!

544

545 Daher fordert die Junge Union Berlin das Vorantreiben einer erfolgsoptimierten Inklusio-
546 n, im Hinblick auf die gerade genannten Mängel, indem folgende Maßnahmen ein-
547 geleitet, kontrolliert und gelenkt werden:

548 Der Unterricht im Klassenverbund darf aufgrund fehlender Betreuungskapazitäten für
549 Inklusionskinder nicht beeinträchtigt werden. Der zuständige Pädagoge muss ausrei-
550 chende Unterstützung durch bereits geschulte Lehrkräfte oder eine notwendige Fort-
551 bil-dung erhalten, die für die Betreuung von Kindern mit Behinderung dringend not-
552 wendig ist, um eine bestmögliche Lernatmosphäre gewährleisten zu können.

553 Als ersten Schritt zur bestmöglichen Umsetzung der Inklusion fordern wir, dass Gut-
554 achten bei Ärzten und Pädagogen in Auftrag gegeben werden, um zu entscheiden, wie
555 am besten mit Schülern im Hinblick auf ihre spezifischen Behinderungen und deren
556 Auswirkungen umzugehen ist und wie sie gefördert werden müssen.

557 Als Richtwert für die Größen der Klassen schlagen wir insgesamt 20 Schüler vor, da-
558 von maximal fünf Schüler mit Behinderung, damit die Lehrer einen guten und unbe-
559 dingt notwendigen Überblick über ihre Klassen wahren können. Die letzte Entschei-
560 dung hierbei muss aber dem Lehrer überlassen bleiben, da nur er wirklich beurteilen
561 kann, wie sich die Behinderungen auf den Schul- und Lernalltag auswirken. Wenn die
562 Klassenstärke vollkommen ausgeschöpft ist, muss eine weitere Schule gefördert wer-
563 den, denn: es muss für jeden Schüler einen Platz geben!

564

565 **Auch wenn solch inklusive Schulen dem Bildungsauftrag sehr gut nachkommen,**
566 **fordert die Junge Union Berlin, dass Förderschulen beibehalten werden,** da zu-
567 meist nur sie den spezifischen Ansprüchen besonders schwerer Behinderungen nach-
568 kommen können. Dies ist der einzige Weg, die Bildung aller Kinder zu gewährleisten,
569 da bestimmte schwerere Behinderungen den Schulalltag auf inklusiven Schulen zu
570 sehr beeinträchtigen würden.

571 Die derzeit vorherrschende Vorstellung, ein funktionierendes inklusives Schulsystem
572 würde sich von alleine zu einem zufriedenstellendem Maße entwickeln, ist utopisch
573 und hat sich als schlichtweg falsch herausgestellt.

574

575 **Aus diesem Grund fordert die Junge Union Berlin die Bildungssenatorin Schee-**
576 **res auf, Regeln erarbeitet zu lassen, welche genau definieren, wie Inklusion auch**
577 **praktisch stattfinden kann.**

578 **VIII. Fazit**

579

580 Die Berliner Bildungspolitiker haben einen besonderen Auftrag, um die in Schieflage
581 geratene Bildungspolitik wieder auf Kurs zu bringen. Die Junge Union fordert daher mit
582 Nachdruck:

583

584 **Mehr Kontinuität im Bildungssystem**

585 An der grundsätzlichen Struktur des Berliner Schulsystems sollte in den nächsten Jah-
586 ren nicht mehr weiter herumgedoktert werden. Schulen, Schüler, Eltern und Lehrer
587 brauchen jetzt Verlässlichkeit und Stabilität!

588

589 **Stärkung des Gymnasiums**

590 Die Reformen mit dem Ziel, das Gymnasium systematisch abzuschaffen, wie die Ver-
591 einheitlichung der Lehrerausbildung und der Lehrpläne, müssen sofort gestoppt wer-
592 den. Stattdessen müssen die Gymnasien wieder gleichberechtigt bei der Schulfinan-
593 zierung berücksichtigt werden und dürfen nicht länger kaputt gespart werden.

594

595 **Investitionsstau beenden!**

596 Der enorme Investitionsstau an schulischen Einrichtungen in Berlin muss unbedingt
597 abgebaut werden. Neben den Investitionen selbst ist dafür eine ausreichende perso-
598 nelle Ausstattung der Verwaltung, wie auch klare Zuständigkeiten zwischen den Be-
599 zirken und dem Senat zwingend erforderlich. Baumaßnahmen dürfen nicht länger an
600 personeller Unterbesetzung und unklaren Strukturen scheitern.

601

602 **Keine Abschmelzung des Geschichtsunterrichts!**

603 Die Zusammenlegung der Fächer Geschichte und Erdkunde in den Klassenstufen fünf
604 und sechs lehnen wir kategorisch ab, genauso wie die Veränderung des Rahmenleh-
605 rplans für das Fach Geschichte, durch die sich von der chronologischen Stoffvermitt-
606 lung verabschiedet wird.

607

608 **Wirtschaft und Politik für jeden Schüler**

609 Kenntnisse über das politische und wirtschaftliche System, das unsere Gesellschaft
610 nicht unwesentlich prägt, sind essenziell. Wir fordern daher die Einführung des Pflicht-
611 faches Politik und Wirtschaft ab der 7. Klasse.

612

613 **Digitale Chancen nutzen**

614 Neben Investitionen in eine vernünftige Ausstattung in den Schulen, inklusive freiem
615 WLAN, sollten auch neue Unterrichtsformate geprüft werden, die, wie das „reversed
616 schooling“, das Lernen und Lehren spürbar positiv verändern und die Schulen endlich
617 ins 21. Jahrhundert bringen werden.

618

619 **Inklusion verbessern**

620 Mit erfolgreicher Inklusion ist immer auch einzelfallspezifische Unterstützung der be-
621 treffenden Schüler verbunden. Hier muss genau zwischen der Art der Behinderung
622 differenziert werden, um die Schüler besser fördern zu können. Der Senat muss dieser

623 Differenzierung mit entsprechenden Regelungen Rechnung tragen und die Sparpolitik
624 an dieser Stelle sofort beenden. Förderschulen müssen beibehalten werden, da man
625 in besonders schweren Fällen nur so den spezifischen Bedürfnissen der Schüler ge-
626 recht werden kann. Das ideologisch motivierte Einbinden in die herkömmlichen Schu-
627 len um jeden Preis geht auf Kosten des einzelnen Schülers und kann daher nicht die
628 Lösung sein.